

Das **Bundesministerium der Finanzen** hat eine Neuordnung der Aufgaben der **Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA)** bis Anfang 2018 angestoßen: Organisatorisch soll die nationale Abwicklungsbehörde als operativ eigenständige Einheit in die **BaFin** am Standort Frankfurt am Main integriert werden. Die Verwaltung des SoFFin und das Management der verbleibenden Beteiligungen soll in die **Finanzagentur** eingegliedert werden, die bislang schon die Refinanzierung des SoFFin für den Bund erledigt. Ein erforderliches Gesetzgebungsverfahren soll 2016 eingeleitet werden. Mit Ablauf des Jahres 2015 wird der **Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin)** für neue Maßnahmen geschlossen. Zugleich übernimmt zu Beginn des Jahres 2016 der neu geschaffene europäische Einheitliche Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board) die Aufgabe der Abwicklung und Restrukturierung nicht lebensfähiger systemrelevanter Banken.

Der **Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht** hat eine zweite Konsultation zu den Vorschlägen zur grundlegenden Überarbeitung des Standardansatzes zur Messung von Kreditrisiken gestartet. Die ursprünglichen Vorschläge von Ende Dezember 2014 waren von der Kreditwirtschaft deutlich kritisiert worden. Kommentare zu dem Entwurf können bis zum 31. März 2016 eingereicht werden.

Die **Europäische Bankenaufsichtsbehörde EBA** (European Banking Authority) hat im Dezember 2015 Leitlinien sowie einen Bericht für eine angemessene **Vergütungspolitik** von Kreditinstituten vorgelegt. Diese Leitlinien führen nicht zu einer vollständigen Aufhebung der bisherigen Erleichterungen für kleine und mittlere Institute in Deutschland bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme. Die neuen EBA-Leitlinien zur Vergütungspolitik gelten jedoch erst ab dem 1. Januar 2017. Die nationalen Gesetzgeber sollen damit im Verlauf des Jahres 2016 Zeit gewinnen, um kleinere Institutionen und Mitarbeiter, bei denen die variable Vergütung nur einen geringen Teil ihres Einkommens ausmacht, von bestimmten Teilen der Richtlinien auszunehmen.

Die zur Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) gehörende **Baden-Württembergische Bank (BW-Bank)** richtet ihr Privatkundengeschäft im Sinne einer Digitalisierungsstrategie neu aus. Damit ver-

9. Dezember 2015 bis 22. Dezember 2015

bunden sind **Filialschließungen**. Im Jahr 2020 soll die BW-Bank noch an rund 130 Standorten in Baden-Württemberg vertreten sein. Derzeit sind es 168. Die Zahl der SB-Standorte soll sich in dieser Zeit von momentan etwa 60 auf dann 85 erhöhen.

Auch die **Sparkasse Nürnberg** hat Änderungen für ihr Geschäftsstellennetz angekündigt. In Nürnberg werden neun Geschäftsstellen in SB-Standorte umgewandelt und eine geschlossen. Im Nürnberger Land sind es ebenfalls neun Standortumwandlungen, drei Geschäftsstellen sowie zwei SB-Standorte werden geschlossen. Als Ergebnis betreibt die Sparkasse dann noch 108 Standorte (71 davon sind mit Mitarbeitern besetzt und 37 sind SB-Standorte) statt wie bisher 114. Die Standortumwandlungen sollen im Frühjahr 2016 beginnen und bis 2018 andauern. Die Neuordnung betrifft 83 Mitarbeiter, betriebsbedingte Kündigungen soll es aber nicht geben.

Zum 1. Januar 2016 werden die **Verbands-Sparkasse Wesel** und die **Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe** zur **Niederrheinischen Sparkasse Rhein-Lippe** fusionieren. Die Vertreter der Sparkassenträger haben im Dezember den Fusionsvertrag unterschrieben. Für die Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe erfolgt der Zusammenschluss aus einer zunehmend schwierigen wirtschaftlichen Situation heraus. Im September 2016 ist die technische Fusion der beiden Häuser vorgesehen. Es sollen keine fusionsbedingten Kündigungen erfolgen. Durch den Zusammenschluss entsteht eine Sparkasse mit einem Bilanzvolumen von rund 3,25 Milliarden Euro und etwa 360 000 Kundenkonten und 820 Mitarbeitern.

Die **Volksbank Stuttgart eG** und die **Kerner Volksbank eG** verhandeln über einen Zusammenschluss. Die angestrebte Fusion wird mit dem Kosten- und Ertragsdruck auf kleinere und mittlere Banken begründet. Nach der Übernahme der Kerner Volksbank durch die Volksbank Stuttgart würde eine Genossenschaftsbank mit einer Bilanzsumme von dann rund 5,8 Milliarden

Euro entstehen. Die Volksbank Stuttgart eG weist derzeit eine Bilanzsumme von zirka 5,3 Milliarden Euro aus. Sie betreut rund 270 000 Kunden. Die Kerner Volksbank eG hat eine Bilanzsumme von knapp 540 Millionen Euro. Sie betreut etwa 23 000 Privat- und Firmenkunden.

Die **Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H (VB Invest)** wird zum Jahresanfang unter dem Namen **Union Investment Austria GmbH** firmieren. Im Juli 2015 hat die Union Asset Management Holding AG 100 Prozent der Anteile an der VB Invest und damit auch 94,5 Prozent der Anteile an der Immo Kapitalanlage AG (Immo KAG) erworben. Die übrigen 5,5 Prozent der Immo KAG, die ihren Markenauftritt beibehält, verbleiben bei der VOME Holding GmbH. Da die Österreichische Finanzmarktaufsicht FMA keine Bedenken geäußert hat, ist der Übergang rechtswirksam. In den kommenden Monaten soll die personelle Eingliederung und Prozessintegration der österreichischen Geschäftseinheiten in die Union Investment Gruppe vollzogen werden.

Die **Commerzbank** veräußert ihre Luxemburger International-Wealth-Management-Aktivitäten an die Schweizer Privatbank **Julius Bär**. Der Verkauf der **Commerzbank International S.A. Luxemburg (Cisal)** schließt Kundenportfolios, den Übergang von Mitarbeitern sowie eine entsprechende IT-Plattform mit ein. Der Kaufpreis beträgt 68 Millionen Euro. Davon entfallen 25 Millionen Euro auf regulatorisches Kapital. Die Transaktion steht noch unter dem Vorbehalt der Genehmigungen durch die Aufsichtsbehörden.

Zum 1. Januar 2016 hat der **Deutsche Factoring Verband** zwei neue Mitglieder gewonnen: die **Deutsche Verrechnungsstelle AG (DVS AG)**, Köln, und die **PMF Factoring GmbH**, Hamburg.

Die Schweizer Bankengruppe **Raiffeisen** erwirbt 10 Prozent der Aktien der **Avaloq Gruppe**. Der Anbieter von Finanztechnologie Avaloq will damit seine Kapitalbasis für aktuell anstehende Opportunitäten stärken. Raiffeisen und Avaloq arbeiten seit 2007 zusammen. Sie haben ein gemeinsames Tochterunternehmen namens Arizon, bei dem eine Retailbanking-Plattform aufgesetzt wird, die bei allen Raiffeisenbanken in der Schweiz implementiert und betrieben werden soll.